

# Antrag A-4

zum Kleinen Parteitag  
am 25. Mai 2013 in Trier



## AntragstellerInnen:

AntragstellerInnen: KV Trier, Wolf Buchmann (KV Trier), Sarah Jakobs (KV Trier), Angelika Birk (KV Trier), Corinna Ruffer (KV Trier), Claudia Laux (KV Bernkastel-Wittlich), Uwe Teusch (KV Mainz), Eckard Wiendl (KV Vulkaneifel), Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel), Jacqueline Bonneval (KV Südliche Weinstraße), Ulrich Bock (KV Mayen-Koblenz), Sabina Quijano (KV Trier-Saarburg), Christian Bayerlein (KV Koblenz), Almut Schaab-Hehn (KV Rhein-Pfalz), Peter Hoffmann (KV Trier), Petra Kewes (KV Trier), Klaus Meurer (KV Mayen-Koblenz) und Gerd Dittmann (KV Altenkirchen)

## 1 Steuergerechtigkeit benötigt Menschen und Wissen!

## 2 Qualität der Arbeit der Finanzverwaltung Rheinland-Pfalz erhalten

3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz setzen sich für eine Politik ein, die auf eine  
4 gerechte Besteuerung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen gerichtet ist.  
5 Ein leistungsfähiger Staat sowie die Verwirklichung einer ökologischen und sozialen  
6 Politik kann nur gelingen, wenn die Kommunen, die Länder und der Bund über  
7 ausreichende Einnahmen verfügen. Dafür notwendige Voraussetzung ist eine  
8 Steuerverwaltung, die so ausgestattet ist, dass sie die immer komplexer werdenden  
9 Steuergesetze umsetzen und Steuerkriminalität effektiv bekämpfen kann. Die aktuelle  
10 Debatte um Steuerhinterziehung und Steuergerechtigkeit zeigt, dass die Bürgerinnen und  
11 Bürger kein Verständnis dafür haben, wenn ihnen die Steuer Monat für Monat vom Lohn  
12 abgezogen wird, während sich andere ihrer Verantwortung durch legale Gestaltungen und  
13 vor allem kriminelles Handeln entziehen. Sie haben erkannt, dass Steuerhinterziehung  
14 kein „Kavaliersdelikt“ ist, sondern eine Straftat, die nicht nur die Einnahmen des Staates  
15 gefährdet, sondern den sozialen Frieden in unserem Land bedroht. Deshalb unterstützen  
16 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz ausdrücklich den Kurs der Landesregierung,  
17 sich nicht auf Steuervermeidungsabkommen mit der Schweiz und anderen Ländern  
18 einzulassen, sondern Steuerhinterziehung auch mit den Mitteln des Strafrechts  
19 konsequent zu verfolgen.

20 Mit großer Sorge nehmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz zur Kenntnis,  
21 dass die Landesregierung plant, die Zahl der Beschäftigten in der rheinland-pfälzischen  
22 Finanzverwaltung um etwa 1000 Stellen bis zum Jahr 2020 zu reduzieren. Bei einem  
23 aktuellen Bestand von etwa 6500 Beschäftigten entspricht dies einer Kürzung von 15  
24 Prozent. Es ist offenkundig, dass dieser Einschnitt erhebliche Einbußen sowohl bei der  
25 Kontrollichte als auch der Qualität der Arbeit nach sich ziehen wird. Es wird nicht möglich  
26 sein, den Personalabbau umzusetzen, ohne dass es zu einer Reduzierung bei der

26 Steuerfahndung und Betriebsprüfung kommt.

27 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz wollen deshalb verhindern, dass die  
28 notwendige Strukturreform der Finanzverwaltung zu Lasten der Qualität ihrer Arbeit geht.  
29 Konkret bedeutet dies:

30 **(1) Um den Personalabbau abzubremsen müssen die Mittel bereitgestellt werden,**  
31 **um die Zahl der Anwärter im 3. Einstiegsamt (aus diesem Personenkreis rekrutiert**  
32 **die Finanzverwaltung Betriebsprüfer, Steuerfahnder und weitere besonders**  
33 **qualifizierte Beschäftigte) ab dem Ausbildungsjahr 2014 um jährlich 50 zu erhöhen.**  
34 **Dafür müssen Kapazitäten an den ausbildenden Finanzämtern und an der**  
35 **Fachhochschule für Finanzen in Edenkoben geschaffen werden.**

36 **(2) Im Zuge der bereits eingeleiteten Sparmaßnahmen wurde auch das Budget für**  
37 **die laufende Fortbildung der Beschäftigten erheblich gekürzt. Der Landtag muss**  
38 **daher der Finanzverwaltung wieder ausreichend Mittel zur Verfügung stellen, um**  
39 **sicherzustellen, dass die Beschäftigten auch nach ihrer Ausbildung weiter**  
40 **qualifiziert werden.**